



Amherd: Inkompetenz mit Folgen für die Schweiz

Der F-35-Deal: Beschönigung, Verhandlungen und teure Überraschungen

Basel, 15. August 2025. Von Presse-Check-Team.

Gleich zu Beginn muss man es deutlich sagen: Die Schweizer Delegation, die den Kauf der F-35A-Kampfflugzeuge verhandelte, agierte wie Bananenhändler ohne echte Expertise – ohne die langfristigen Konsequenzen dieser Vereinbarung zu bedenken.

Die jüngsten Verhandlungen sind gescheitert. Das überrascht kaum.

Heute wurde bekannt:

[...] «Keine Expertise»: Ex-VBS-Chefin Viola Amherd vergab Mandate in Höhe von 2,5 Millionen Franken an die Kanzlei Homburger, obwohl diese selbst zugibt, von Rüstungsgeschäften keine Ahnung zu haben. [...] (Zitat aus der Weltwoche)

Das Dilemma des Bundesrats: Mehr Geld oder weniger Jets?

Der Bundesrat hat sich mit der Beschaffung der F-35 in eine äußerst prekäre Lage manövriert. Im Juli hoffte die Regierung noch auf einen bedeutenden Zollausgleich mit den USA – doch im Hintergrund meldete sich US-Verteidigungsminister Pete Hegseth bei Verteidigungsminister Martin Pfister und machte klar: Der Preis für die F-35A ist nicht verhandelbar.

Die USA bestehen darauf, dass die Schweiz die Mehrkosten übernehmen muss – diese belaufen sich laut aktuellen Einschätzungen auf 650 Millionen bis zu 1,3 Milliarden Franken. Offenbar war der vermeintliche Fixpreis von rund 6 Milliarden Franken ein Missverständnis. Hintergrund für die Preissteigerung sind Inflation, gestiegene Rohstoff- und Energiekosten sowie kürzlich verhängte US-Zölle.

Scheitern programmiert – innenpolitische Warnungen ignoriert

Dieses Ergebnis aus den USA überrascht nicht. Bereits im Inland gab es seit Jahren warnende Stimmen – vor allem von linken Parteien und der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Letztere stellte schon 2021 fest, dass keine Garantie auf einen pauschalen Fixpreis nach Schweizer Recht besteht.

Die Zolldebatte als zusätzlicher Konfliktherd

Hinzu kommt die Forderung der Schweiz, den zuletzt verhängten US-Zoll von 39 Prozent auf Schweizer Exporte zu reduzieren. Verteidigungsminister Pfister betonte, die F-35-Beschaffung sei nicht mit dem Zollkonflikt verknüpft – dennoch wirken die Forderungen aus Bern widersprüchlich.

angesichts des Versprechens, in den USA zu investieren. Die aggressiven Zollschritte der US-Regierung – teilweise als Teil von Trumps Handelspolitik – haben innenpolitischen Druck ausgelöst. FDP-Parlamentarier wie Hans-Peter Portmann fordern, den F-35-Vertrag zu überdenken oder auf das bereits Bezahlte abzubauen.

Der Bundesrat muss jetzt handeln – unter dem Damoklesschwert der Limite von 6 Milliarden Franken

Die Bevölkerung hatte der Beschaffung neuer Kampffjets im September 2020 nur knapp zugestimmt, unter der klaren Bedingung, dass die Kosten 6 Milliarden Franken nicht überschreiten dürfen. Nun drohen Kosten von 7,3 bis 7,5 Milliarden – ein politischer Sprengsatz.

Mögliche Handlungsoptionen für den Bundesrat:

1. Nachtragskredit beantragen

Der Bundesrat könnte das Parlament um Zusatzmittel ersuchen – ohne Referendumsrecht. Das wäre innenpolitisch explosiv.

2. Flugzeugzahl reduzieren

Eine Möglichkeit wäre, weniger Flugzeuge zu bestellen – aber eine solche Reduktion erschwert Verhandlungen über den Zollsatz eher.

3. Auf Gegengeschäfte verzichten

Indem man auf Aufträge für die Schweizer Industrie verzichtet, könnten bis zu 800 Millionen Franken eingespart werden. Doch solche Gegengeschäfte waren integraler Bestandteil der Abstimmungsvorlage.

Der wahrscheinlichste Weg ist ein „eidgenössischer Kompromiss“ – eine Kombination aus allen drei Optionen. Verteidigungsminister Pfister deutete diese Option heute als möglichen Lösungsweg an.

Der Zeitplan: Keine Entscheidung vor Abschluss der Zollverhandlungen

Die Schweiz hofft, die Zollverhandlungen bis Ende Oktober abzuschliessen. Erst danach, im November 2025, will der Bundesrat das weitere Vorgehen in der F-35-Beschaffung entscheiden.

Politische Auswirkungen und drohende Kollateralschäden

Es ist absehbar, dass die Schweiz durch die Eskalation mit den USA sowohl wirtschaftlich als auch politisch Schaden erleiden wird.

Ein weiteres Ziel im Visier der US-Administration ist die UBS, die mit der Übernahme der Credit Suisse auch deren juristische Altlasten erbte. Damit ist die Bank erpressbar geworden, ein Umstand, den die USA als „Verhandlungsmasse“ in künftigen Deals einsetzen dürften.

Die politischen Fronten verhärten sich, und die Schweiz steht ohne wirkliche Handlungsoptionen da: verletzlich und erpressbar.

Fazit

Was als vermeintlich unkomplizierter Rüstungskauf begann, entpuppt sich als politischer und finanzieller Drahtseilakt. Die Zustimmung in der Bevölkerung bröckelt, der innenpolitische Widerstand wächst, und die Abhängigkeit von den USA nimmt zu. Der Bundesrat steht unter massivem Druck. Das F-35-Projekt könnte sich zur innenpolitischen Schicksalsfrage entwickeln.